



Versorgungssicherheit mit Arzneimitteln muss dringend gewährleistet werden

Die Versorgungslage mit Arzneimitteln hat sich in den letzten Monaten massiv verschlechtert. Fiebersäfte, Antibiotika, Insulin oder Krebsmedikamente sind zurzeit flächendeckend kaum noch erhältlich oder komplett vergriffen. Patientinnen und Patienten, insbesondere Familien mit Kindern, werden dadurch vor enorme Herausforderungen gestellt.

Eine Ursache für Lieferengpässe ist die Produktionsverlagerung und -konzentration vieler Arzneimittel oder von deren Grundstoffen in asiatische Länder mit der Folge, dass Deutschland seinen Status als „Apotheke der Welt“ verloren hat. Durch diese Entwicklung ist eine Abhängigkeit entstanden, die wir nun merklich spüren.

In der vergangenen Legislaturperiode wurden bereits erste Maßnahmen ergriffen, um die Versorgungssicherheit zu verbessern und die Ursachen für Lieferengpässe zu verringern. So wurden im „Fairer Kassenwettbewerbgesetz“ (GKV-FKG) unter anderem Meldepflichten für versorgungsrelevante Arzneimittel eingeführt und ein Beirat zur Versorgungslage beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) geschaffen.

Auch die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im Jahr 2020 wurde dazu genutzt, das Thema auf europäischer Ebene auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Bundesregierung hat leider die Zeit seit Beginn der aktuellen Legislaturperiode nicht dazu genutzt, um weitere Maßnahmen auf den Weg zu bringen.

Es bedarf nun eines schnellen und gemeinsamen Zusammenwirkens aller Beteiligten, um kurzfristige Lösungen auf den Weg zu bringen, um die Versorgung der Patientinnen und Patienten zu verbessern. Arzneimittel, die zwar vorhanden, deutschlandweit nicht gleichermaßen verfügbar sind, müssen schneller in die Regionen gelangen, in denen Mangel herrscht. Apothekerinnen und Apotheker müssen bessere Möglichkeiten erhalten, ihre Fähigkeiten und Kenntnisse bei der Herstellung von Arzneimitteln für die Versorgungssicherheit nutzen zu können.

Weitere Lösungen können etwa in einer konzertierten Beschaffungsaktion von Arzneimitteln aus dem Ausland bestehen. Einige Bundesländer haben im Gegensatz zur Bundesregierung erste Maßnahmen auf den Weg gebracht. Die Erfahrungen, die etwa in Bayern durch die Schaffung einer „Pharma Task Force“ bereits gemacht wurden, sollten daher in den Prozess mit aufgenommen werden.

Außerdem ist es wichtig jetzt die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass wichtige Arzneimittel, insbesondere für Kinder und Krebspatienten, wieder primär in Europa produziert werden und eine Reserve für Arzneimittel aufgebaut wird, damit wieder eine solche Lage in der Zukunft vermeiden können.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,



die Agrar- und Ernährungspolitik muss angesichts der weltweiten Nahrungsmittellage, die auch durch den russischen Angriffskrieg negativ beeinflusst wird, neu ausgerichtet werden. Ziel muss sein, die vorhandenen Ressourcen effizient zu nutzen.

Pauschale Verbote oder Stilllegungen von Ackerflächen, wie sie Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir geplant hat sind kontraproduktiv. Deutschland und die anderen EU-Mitgliedstaaten dürfen nicht stärker von Lebensmittelimporten abhängig werden. Denn die Versorgung mit Nahrungsmitteln, das konnten wir zum Beispiel in der Corona-Krise erleben, ist systemrelevant.

Der hohe Selbstversorgungsgrad bei landwirtschaftlichen Produkten in Deutschland und Europa ist nicht selbstverständlich. Aufgrund des trockenen Sommers 2022 liegt nach Schätzungen der EU-Kommission die EU-Getreideernte um fast acht Prozent unter dem Vorjahresergebnis und unter dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre. Im Süden Europas sehen wir bereits heute deutlich rückläufige Niederschlagsmengen, niedrigere Grundwasserstände und geringere Ernteerträge als vor wenigen Jahrzehnten.

Es ist für mich außerdem klar, wie wichtig es ist, sich nicht in eine komplette Abhängigkeit einzelner Drittstaaten zu begeben. Vielmehr gilt es dafür zu sorgen, dass Deutschland und die Europäische Union sich so weit wie irgend möglich selbständig mit Nahrungsmitteln versorgen beziehungsweise auf vielfältige Lieferketten und Handelspartner setzen können. Durch nationale und europäische Auflagen, Flächenstilllegungen oder den Verzicht auf neue Technologien werden aber Rahmenbedingungen gesetzt, die dafür sorgen, dass landwirtschaftliche Produktion und Erträge in Deutschland und Europa zurückgehen werden. Deswegen muss die Ampel-Koalition die Ziele in der Landwirtschaftspolitik dringend auf eine wissenschaftliche Grundlage, verbunden mit einer umfassenden Folgenabschätzung für die Ernährungs- und Versorgungssicherheit, stellen, um auch künftig die Nahrungsmittelversorgung sicher zu bezahlbaren Preisen zu gewährleisten.

Herzliche Grüße aus Berlin!

Ihr

Dr. Günter Krings, MdB
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Tobias Koch

Will die Bundesregierung die Bürokratiekostenbelastung wegdefinieren?



Ampel kommt bei Bürokratieabbau nicht voran

Der Nationale Normenkontrollrat (NKR) stellt der Ampel-Koalition für ihr erstes Jahr ein schlechtes Zwischenzeugnis aus. Die Bürokratiekosten für Unternehmen sind um 63 Prozent gestiegen und der Bürokratieabbau kommt nicht voran. Dazu erklärt der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Günter Krings:

„Wenn man ein schlechtes Zwischenzeugnis bekommt, kann man entweder an der Verbesserung seiner Leistungen arbeiten oder versuchen, die Beurteilungsmaßstäbe zu verwässern. Die Koalition scheint sich für den zweiten Weg entscheiden zu wollen. Der NKR stellt nüchtern fest, dass durch Gesetze der Ampel der Erfüllungsaufwand für Unternehmen um satte 6,7 Milliarden Euro oder 63 Prozent gestiegen ist. Auch wenn der größte Teil davon (5,6 Milliarden Euro) auf die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns zurückzuführen sei, ‚geht der Trend in die falsche Richtung‘, so der NKR (S.4). Statt nun aber daran zu arbeiten, die in Euro und Cent auf Bürger und Unternehmen durchschlagende bürokratische Belastung durch neue Ampelgesetze zu senken und den immensen Aufwuchs der letzten Monate durch Entlastungen anderswo auszugleichen, will die Bundesregierung künftig offenbar echte Kostenbelastungen gegen ‚gefühlten‘ Nutzen aufrechnen. Das wäre das Ende der objektiven Bürokratiekostenmessung durch den NKR. Hier droht die Schleifung des zentralen Instruments für den Bürokratieabbau.

Gute Gesetzgebung hat laut NKR auch mit der Einhaltung der Verfahrensregeln zu tun. Gut, dass andere Fraktionen und auch das Bundesjustizministerium die Kritik der Union an der Bundesregierung teilten, weil sie Auskünfte über die Einhaltung ihrer Gesetzgebungsregeln verweigert hatte mit der Begründung, dass die ‚Regelungen der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO) und deren Umsetzung den Kernbereich der exekutiven Eigenverantwortung‘ betreffen (BT Drucksache 20/4405). Das ist gerade bei längst abgeschlossenen Vorhaben, nach denen wir gefragt hatten, natürlich Unsinn und muss im Zweifel beim Bundesverfassungsgericht geklärt werden.“

Foto: Tobias Koch

Familien in den Mittelpunkt der Politik rücken

Eine große Mehrheit von Familien betrachtet Deutschland nicht als kinderfreundliches Land. Das ergab eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey im Auftrag der CDU/CSU-Fraktion. Die befragten Eltern sehen vor allem die Politik am Zug. Von ihr fordern sie, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern. Die Union appelliert an die Ampel-Koalition, Familien in den Mittelpunkt der Politik zu rücken.

Civey hat für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion von Ende November bis Anfang Dezember 1.000 Eltern mit minderjährigen Kindern online nach ihrer Einschätzung befragt. 75 Prozent der Befragten halten Deutschland für kein kinderfreundliches Land. Jüngere Eltern äußerten diese Meinung häufiger als ältere. 87 Prozent der Befragten gaben an, dass politische Entscheidungen stärker als bisher auf die Bedürfnisse von Familien eingehen sollten. 84 Prozent wünschen sich mehr Anerkennung für die Familien- und Erziehungsarbeit.

Die Union will Familien wieder in den Mittelpunkt der Politik stellen. Zum Beispiel bei der Krankenhausausrüstung, in der Arzneimittelforschung, der Fachkräftezuwanderung und der Steuerpolitik.

Kinder und Familien fühlen sich in ihren Bedürfnissen nicht gesehen, sie stehen nicht im Mittelpunkt der Politik, sondern eher am Rand. Als Belege dafür sind z.B. das Aus für die sogenannten Sprachkitas, in denen besonders die Ausdrucksfähigkeit von Kindern gefördert wird, und die Kürzung der Fachkräfteoffensive für Erzieher. Darüber hinaus schiebt die Ampel Projekte für Familien auf die lange Bank, etwa die Kindergrundsicherung oder das Startchancen-Programm für Schulen in Problemvierteln.

Die Politik muss die Sorgen der Familien ernst nehmen und jetzt handeln. Dabei geht es auch um finanzielle Entlastung. In Zeiten von Energiekrise und Rekordinflation zählt für Eltern mit Kindern jeder Euro.

Dass selbstständige Handwerkerinnen oder Unternehmerinnen zum Beispiel kein Mutterschaftsgeld bekommen, gleicht einem Beschäftigungsverbot. Um mehr Männer an der Familienarbeit zu beteiligen, schlägt die Union unter anderem zusätzliche Partnermonate im Rahmen des Elterngeldes vor. Es ist nämlich wichtig, Familien insgesamt mehr Zeit zu ermöglichen – Zeit, die partnerschaftlich verteilt werden sollte.

Impressum:

Ausgabe Nr. 01/2023,
20. Januar 2023

Landesgruppe NRW der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck